Nr. 334 1. Ausgabe

Sonntag, 8. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 87. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffer- oder Kunstsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Starke Erregung in Berlin

Nach dem Diktat der Entente

Unsre Gegner haben sich zwar nach den Meldungen aus privater Quelle zum Abschluß eines Vorfriedens bereit erklärt, aber die Bedingungen werden allem Anschein nach derartig sein, daß das Ergebnis nicht anders denn als reiner Diktatfriede bezeichnet werden kann. In seiner letzten Rede in Dundee erklärte Churchill noch, die englische Regierung würde auf der Friedenskonferenz die allgemeine und vollständige Abschaffung der militärischen Dienstpflicht fordern. Auch der Plan eines Einmarsches in Deutschland spielt bei den Beratungen der Entente noch immer eine große Rolle:

g. Genf, 7. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Temps" bestätigt, daß sich die französische Regierung für einen Vorfrieden mit der jetzigen deutschen Regierung bereiterklärt hat. Der endgültige Friedensschluß hänge von der Herstellung einer gesetzmäßigen deutschen Regierung auf Grund einer freien Volksabstimmung bis 1. März ab.

v. Rotterdam, 7. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Haagsche Post" meldet aus Paris, das Ergebnis der Londoner Konferenzen sei die Erzielung der franko-englischen Uebereinstimmung über eine schwere Kriegsentschädigung Deutschlands in solchem Maße, daß Deutschlands Handel und Industrie auf unüberwindliche Schranken stoßen würden. Die Grenzvölker würden einsehen, daß sie von Deutschlands Industrie nichts zu erwarten hätten und ihre Politik entsprechend orientieren. Den Vorfrieden werde man Deutschland diktieren, wie den Waffenstillstand.

r. Rotterdam, 7. Dezember. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Mail" meldet: Die Alliiertenkonferenz in Paris vom 10. bis 15. Dezember wird sich über die Frage des Einmarsches in Deutschland schlüssig machen.

Hierzu will die Berliner „Nationalztg." von gut unterrichteter Seite erfahren haben, in Berlin seien verläßliche Nachrichten darüber eingelaufen, daß der Verband die Absendung einer Note an die deutsche Regierung plant, in der die umgehende Auflösung aller in Deutschland bestehenden A.- u. S.-Räte gefordert wird. Die Forderung soll befristet sein, so daß also der Note der Charakter eines Ultimatums beizugesellen wäre. Für den Fall, daß die Forderung des Verbandes nicht erfüllt würde, werde damit gedroht, daß Deutschland keine Lebensmittellieferungen erhalten werde, wie man sich auch ferner freie Hand über einen eventuellen Einmarsch vorbehalten will. Begründet soll die Forderung des Verbandes damit sein, daß er bei Aufrechterhaltung der Räteregierung einen schnellen Verfall des deutschen Wirtschaftslebens befürchtet, wodurch Deutschland späterhin außerstande gesetzt würde, die Friedensbedingungen finanzieller und wirtschaftlicher Natur zu erfüllen.

Neue Verschärfungen der Waffenstillstandsbedingungen

Von dem Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen zur See und ihren Ausführungen erfährt das Wolff-Bureau von zuständiger Stelle folgendes: 1. Die Vollmachten des Admirals Beatty sind bis auf die Frage der Internierung der Schiffe auf Admiral Browning übergegangen. Die aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission des Admirals Browning befindet sich in diesen Tagen nach Hamburg, um die in deutschen Händen befindlichen Handelsschiffe zu besichtigen. Die Alliierten verlangen nicht nur die Uebergabe aller in Deutschland internierten Schiffe, sondern alle Schiffe, die durch Prisengericht rechtskräftig zur Einziehung verurteilt sind. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts sind diese Schiffe deutsch. Es ist daher gegen das Verlangen ihrer Auslieferung protestiert worden. Admiral Browning hat jedoch die Erörterung jeder Rechtsfrage abgelehnt und verlangt nur die Ausführung seiner Forderung. 2. Obwohl für die Ablieferung der Handelsschiffe kein Termin vorgesehen war, und obwohl eine Klärung der Lage durch die Schuld des Gegners verzögert ist, verlangt die englische Kommission die Uebergabe sämtlicher Handelsfahrzeuge bis zum 17. Dezember. Gegen diese unberechtigte Forderung ist von deutscher Seite Protest eingelegt worden. 3. Die Kommission zur Besichtigung der Kriegsschiffe begann in Wilhelmshaven am 6. Dezember ihre Tätigkeit. Sie besteht aus Offizieren der englischen, amerikanischen, französischen und japanischen Marine. 4. Eine ganz neue Forderung der Entente stellt das Verlangen, daß nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe sowie aller fertigen oder im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinehäfen liegen, zu übergeben sind, ferner innerhalb 48 Stunden eine Mitteilung, bis wann der Panzerkreuzer „Mackensen" zum Geschlepptwerden nach einem bestimmten Hafen bereit sein wird.

Wie ferner berichtet wird, hat England in Kopenhagen amtlich mitgeteilt, daß die deutsche Schiffahrt von dem Verband in der Ostsee nicht mehr zugelassen wird. Dänische Schiffe können zwar fahren, aber es muß vorher eine Verständigung über die einzunehmende Ladung erfolgt sein. Nur Kali und Kohle, aber keine Halb- oder Ganzfabrikate dürfen aus Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark darf nur jene Nahrungsmittel, die auf Grund des Wirtschaftsabkommens vereinbart sind, ausführen. Aehnliche Nachrichten liegen aus Holland vor.

Die neue Maßnahme ist eine unerhörte, mit den Wilsonschen Plänen nicht zu vereinbarende Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Sie bedeutet eine weitere Knebelung des Gegners, der zuerst entwaffnet wurde, und eine neue Verschlechterung unserer schweren Ernährungslage durch die unausbleibliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit, und all dies, nachdem man immer nur von Recht und Gerechtigkeit spricht.

Blutige Zwischenfälle

In Berlin kam es Freitag in den ersten Abendstunden zu schweren Zusammenstößen zwischen den verschiedenen Parteien, die leider eine beträchtliche Zahl von Menschenopfern gekostet haben. Die Vorgänge und ihre Beweggründe sind nicht klar zu übersehen, und wir versuchen, eine sachliche Darstellung nach den uns vorliegenden Berliner Berichten zu geben.

In dem abendlichen Nebel stauten sich vor der Reichskanzlei

mehrere Kolonnen von Soldaten, die Gewehre fest in der Hand. Von einem Holzblock aus richtete ihr Führer, Spiro, folgende Ansprache an die Truppen: „Deutschland steht vor einer Katastrophe, die nur durch bewußte Zusammenfassung aller Kräfte und volle Unterordnung jedes einzelnen unter das gemeinsame Wohl überwunden werden kann. Deshalb verlangen wir, daß in kürzester Zeit die Vertretung des deutschen Volkes zusammentreten soll, daß die Nationalversammlung auf den 20. Dezember einberufen werden soll. Der Vollzugsrat darf nicht mehr mit linkischer Hand in die Regierungsmaschine eingreifen und die Regierung unter Druck setzen. Ist der Vollzugsrat immer noch an seinem unheilvollen Werke? So bringe ich das Hoch auf die deutsche Republik und den Genossen Fritz Ebert aus, den ich hier in Ihrer Mitte, gestützt auf die ganze Macht und im Bewußtsein, für die Nation zu sprechen, zum Präsidenten Deutschlands ausrufe: Die deutsche Sozialrepublik und ihr erster Präsident Fritz Ebert hurra, hurra, hurra!" Brausender Beifall und Trommelklang folgten. Vom Jubel umbraust ergriff

der Volksbeauftragte Ebert

das Wort: „Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die Waffenstillstandsbedingungen unserm Volke auferlegt haben. Unsre Volkswirtschaft ist der Grundstock unsres Lebens. Noch schwerer wird unser Wirtschaftsleben bedroht, wenn eigenmächtige Maßnahmen in den einzelnen Betrieben zum schließlichen Schaden der Arbeiterklassen getroffen werden. Wir wollen unser soziales Programm nicht mit Experimenten, sondern in einer großen Reichsgesetzgebung durchführen. Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Wir haben uns stets bemüht, mit den A.- und S.-Räten gemeinsam zu arbeiten, in deren Hand die Macht liegt. Auch mit dem Vollzugsausschuß von Berlin haben wir uns verstanden. Wenn wirklich Differenzen entstanden, so dürfe unter keinen Umständen von außen eingegriffen werden. Das müßt Ihr nur überlegen. Wenn Ihr stürmisch die Einberufung der Nationalversammlung begehrt, so vergeßt nicht, daß Eure Kameraden, die erst auf dem Rückmarsche sind, und mit Euch alle Kriegsnot geteilt haben, auch wählen wollen. Geduldet Euch bis zu dem Tage, zur Tagung aller deutschen A.- und S.-Räte am 16. Dezember, die sich über den frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden soll. Heute fordere ich Euch auf, größte Disziplin zu wahren, eine geschlossene Gruppe unter einheitlicher klarer Führung zu bilden, die der Grundstock der Macht ist, auf die sich Deutschlands Zukunft und Glück aus dem Abgrunde eines jähen Falles neu aufbauen soll. Ihr sollt die Stützen eines neuen freien Deutschlands werden, dessen Bestand von keiner Seite gefährdet werden darf. Die junge soziale Republik Deutschland lebe hoch, hoch, hoch!" Brausender Beifall erscholl. Nach dem Volksvertreter Ebert ergriff ein junger Student das Wort, der der Regierung im Namen der geistigen Arbeiter volle Unterstützung versprach. Dann schwang sich ein Matrose aus Kiel auf die primitive Rednertribüne und sagte, daß die Soldaten nichts weiter wollen als Ruhe, Frieden, Brot und Arbeit: „Die Leute, die das Volk in seinen ersten und elementarsten Wünschen stören, gehören hinter Schloß und Riegel. Jetzt aber habe ich an Herrn Ebert die klare Frage zu richten: Herr Ebert ist jetzt zum Präsidenten der deutschen Republik ausgerufen; folgt er diesem Rufe oder nicht? Ja oder Nein?" Mit ruhiger, fester, durchdringender Stimme antwortete Ebert: „Kameraden und Genossen! Den Ruf, der an mich ergangen ist, kann und werde ich nicht annehmen, ohne mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hochwichtige politische Frage, deren Entscheidung allein in den Händen der Reichsregierung liegt." Dann nahm der Führer Spiro wieder das Wort und forderte die Matrosen und Soldaten auf, in geschlossenem Zuge abzumarschieren.

Etwa um dieselbe Zeit wurde im Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses die Verhaftung des Vollzugsrates der A.- und S.-Räte versucht.

über die vom Wolff-Bureau der folgende Bericht veröffentlicht wird: „Kurz nach Beginn der Sitzung des Vollzugsrates um 4 Uhr 30 wird mitgeteilt, daß eine größere Truppenmacht, bestehend aus den Franzern, Gardepionieren und Flammenwerfern, Marine-Infanterie und Landwehrern, sämtliche Ausgänge des Hauses besetzt habe und im Begriffe sei, einzudringen, um den Vollzugsrat zu verhaften. Die bereits begonnene Beratung über den ersten Punkt der Tagesordnung wird fortgesetzt und nur ein Mitglied abgeordnet, um den Tatbestand festzustellen. Kurz darauf dringt ein Feldwebel der Gardepionier mit etwa 20 Mann, meist sehr junge Leute, ein und erklärt den Vollzugsrat für verhaftet, und zwar im Namen der Regierung. Auf die Frage, wer den Befehl gegeben habe, lehnt er die Antwort ab. Er ließ die Tür zum Sitzungssaal schließen und stellte Posten davor auf. Ein Offizierstellvertreter gab seinen Leuten den Befehl, zunächst sechs Mann vom Vollzugsrat und alsdann weitere Gruppen von je sechs Mann abzuführen. Da die Mitglieder des Vollzugsrates energisch protestierten und die Mannschaften sich unentschlossen zeigten, zog sich die Ausführung dieses Befehles hin. Inzwischen erschien der Volksbeauftragte Barth und erteilte im Namen des Rates der Volksbeauftragten dem Feldwebel den Befehl, mit den Mannschaften sofort den Saal zu räumen. Nach anfänglichem Sträuben führte schließlich dieser den wiederholten Befehl aus. Inzwischen hatte sich das Abgeordnetenhaus mit einigen hundert Mann Verhaftungstruppen gefüllt. Gleichzeitig waren aber auch mehrere hundert Mann Matrosen zum Schutz des Vollzugsrates erschienen, ferner größere Massen Arbeiter. Alle diese wurden vom Vollzugsrat wieder fortgeschickt. Kurz darauf erschien auch der Stadtkommandant Weis. Der Vollzugsrat ordnete die Verhaftung des Feldwebels, des Offizierstellvertreters und einer Reihe weiterer Personen wegen dringenden Verdachtes gegenrevolutionärer Umtriebe an. Es wurde festgestellt, daß den Mannschaften 5 M. pro Person versprochen worden waren, wenn sie sich an dem „Umzuge" beteiligten. Namens der Volksbeauftragten gelangte folgende

Erklärung von Haase

zur Verlesung: Die Behauptung, der Rat der Volksbeauftragten habe den Auftrag erteilt, irgendein Mitglied des A.- u. S.-Rates zu verhaften, ist unwahr. Die Soldaten werden zu konterrevolutionären Zwecken mißbraucht, wenn sie zur Durchführung eines angeblichen Haftbefehls verwendet werden. — Der Vollzugsrat setzte alsdann seine Beratungen fort, die mit dem Beschlusse endeten, sofort eine gemeinschaftliche Sitzung mit der Reichsregierung abzuhalten." Auch die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg teilten mit: „Die Reichsregierung steht der Verhaftung des Vollzugsrates vollständig fern. Die Truppen sind dabei mißbraucht worden. Die Mitglieder des Vollzugsrates sind sofort freizulassen. Die Truppen fordern wir auf, in Ruhe die Kasernen aufzusuchen." Wie die „Freiheit" hört, wurde bereits das Mitglied des Vollzugsrates Gerhard, einer der Anführer des Putschversuches, auf Befehl des Vollzugsrates verhaftet. Ferner wurden die Anführer, Eisenbahningenieur Fischer, die Soldaten Spiro und Franz, verhaftet. Weitere Verhaftungen dürften noch erfolgen. Die Ereignisse im Abgeordnetenhause fanden ihr Echo in einer

Versammlung von Arbeitslosen,

die in den Germaniasälen abgehalten wurde und an der anscheinend hauptsächlich früherige Soldaten teilnahmen.

Es wurde folgende Resolution zur Annahme vorgeschlagen: „Die Protestversammlung der versprengten Frontsoldaten, Urlauber und Deserteure erhebt Einspruch gegen die Vergewaltigung ihrer Interessenvertretung durch die Groß-Berliner Soldatenräte. In der am 30. November stattgefundenen Versammlung der Groß-Berliner Soldatenräte wurden unsre Vertreter deshalb nicht anerkannt, weil sie angeblich Anhänger Liebknechts seien. Wir fordern Gleichberechtigung aller politischen Richtungen. Das Verhalten des Groß-Berliner Soldatenrates läuft aber darauf hinaus, politisch unbequeme Richtungen zu maßregeln. Wir fordern für unsre Vertreter Sitz und Stimme auch im Groß-Berliner Soldatenrat. Wird unsre Forderung zurückgewiesen, so trifft den Groß-Berliner Soldatenrat die Verantwortung für die Folgen. Ferner wird gefordert die sofortige Entlassung der Jahrgänge bis zum Jahre 1900 und die Einführung einer freiwilligen Roten Garde." Nach der Annahme dieser Resolution erschien in den Germaniasälen ein Soldat und teilte mit, daß der Vollzugsrat gegen 5 Uhr verhaftet worden sei. Der darauf veranstaltete

Demonstrationszug

wurde vor dem Oranienburger Tor von bewaffneten Soldaten empfangen. Das Generalkommando der Gardetruppen hatte an die Füsilierkasernen den Befehl gegeben: „Mannschaften alarmbereit auf die Straße gehen und Demonstranten von den Germania- und Sophiensälen zerstreuen!" Unter Absingen des Arbeiterliedes und unter Vorantragen von roten Fahnen hatte sich der Demonstrationszug der Ecke Invalidenstraße genähert. Da ertönte das Kommando: „Zusammenschließen! Fertigmachen!" Zugleich wurde den Demonstranten Halt zugerufen. Da dieser Aufforderung nicht entsprochen wurde, ließ man den Zug herankommen. Er wurde mit gefälltem Bajonett nach der Westseite der Invalidenstraße hineingetrieben, was ohne Blutvergießen geschah. Man glaubte schon, daß alles sich friedlich auflösen würde. Plötzlich wurde mitgeteilt, daß der Zug wiederkomme, und zwar von der Südseite der Chausseestraße her. Er hatte nämlich den Umweg über den Zirkus Schumann genommen und erschien hier wieder auf der Bildfläche. Sofort wurde befohlen: „Publikum von der Straße!", worauf alles sich in Sicherheit zu bringen suchte. Als dann die Spitze des Zuges unter Hochrufen auf Liebknecht sich der Ecke der Invalidenstraße näherte, wurden wiederum Kommandos „Zurück!" gegeben. Da diese Aufforderung keinen Erfolg hatte, setzte

Maschinengewehrfeuer, unterstützt von Gewehrfeuer

ein. Eine wilde Panik entstand und unter lautem Schreien stoben Zivilisten und Soldaten auseinander. Nach kaum zwei Minuten war der Tumult zu Ende. Dutzende von Leuten, die auf der Flucht niedergeworfen und von den Nachstürmenden mit Füßen getreten worden waren, erhoben sich aus dem Morast und eilten weiter. Da aber stellte sich heraus, daß zahlreiche Personen durch die Schüsse getötet oder schwer verletzt waren. Die Angaben über die Zahl der Opfer widersprechen sich noch. Der „Vorwärts" schreibt: „Die Soldatenkundgebungen, in deren Verlauf sich das wilde Stück abspielte, waren hervorgerufen durch die Nachricht, daß die Spartakusleute noch drei Versammlungen, die sie veranstalteten, einen großen Handstreich zu tun gedachten. Nach dem Sturm auf das Polizeipräsidium und nach der Ankündigung des Vorsitzenden einer früheren Spartakusversammlung, daß demnächst Bewaffnete die sozialdemokratische unabhängige Regierung absetzen werden, war eine gewisse Nervosität begreiflich. Nach Berichten zahlreicher Augenzeugen wurden die regierungstreuen Soldaten von den ihnen entgegenziehenden Spartakusleuten aufgefordert, ihre Waffen abzuliefern und ihnen zu folgen. Da die Soldaten sich darauf nicht einlassen wollten, wurde auf sie geschossen. Sie erwiderten nun das Feuer und es kam zu einem Gefechte, bei dem es auf beiden Seiten Tote und Verletzte gab. Da die Ueberlegenheit der Soldaten gegen die schlecht bewaffneten Massen sehr groß war, ist die Zahl der Opfer auf der andern Seite größer als auf der des Militärs. Wie es in solchen Fällen nicht anders geht, sind leider auch Unschuldige der Schießerei zum Opfer gefallen." Ferner schreibt das Blatt: „Die Vorgänge, die sich in Berlin abspielen, sind nicht nur aufs tiefste zu beklagen, sondern auch aufs schärfste zu verurteilen. Es ist notwendig, sie aufzuklären und die Schuldigen rücksichtslos zur Verantwortung zu ziehen. Der Straßenkampf erklärt sich aus dem gewissenlosen Treiben der Spartakus-Leute und der ungeheuren Erbitterung von neun Zehnteln der Berliner Soldaten über dieses Treiben. Wenn die Spartakus-Leute mit der Beschuldigung kommen werden, die Regierung lasse auf das Volk schießen, so ist darauf zu erwidern, daß in der Chausseestraße Volk auf Volk geschossen hat, denn die Soldaten sind doch schließlich auch Volk. Auf keinen Fall sind sie Werkzeuge einer höheren Macht, sondern sie sind freie Bürger der Republik, und niemand zwingt sie und niemand erlaubt ihnen, unschuldiges Blut zu vergießen."

*

Mehr als 20 Tote, 28 Verwundete

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)
kg. Berlin, 7. Dezember

Bei den gestrigen Kämpfen in Berlin hat es nach neueren Berichten über 20 Tote und 28 Verwundete gegeben. Es verlautet, daß bei Wiederholung der Unruhen die Volksregierung das Standrecht in Berlin verkünden will.

*

Vor neuen Umzügen

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)
kg. Berlin, 7. Dezember

Die Spartakus-Leute haben für morgen Sonntag in Groß-Berlin 30 Volksversammlungen gegen den Abschluß eines Friedens mit der Entente einberufen. Im Anschluß daran soll ein Umzug nach der Innenstadt erfolgen.

Für heute abend sind neue Umzüge der Berliner Soldaten einberufen. Auch die Liebknecht-Gruppe ruft ihre Anhänger zu Massenspaziergängen zusammen. Liebknecht verkündete in den gestrigen Versammlungen den Sturz der jetzigen Regierung noch innerhalb 14 Tagen.

In den Kasernen werden Flugblätter verbreitet, die zur Unterstützung der jetzigen Regierung und zur Vereitelung neuer Umsturzpläne der Spartakus-Leute die militärische Diktatur fordern. In den Kasernen ist es gestern zu lebhaften Kundgebungen gegen den Berliner Vollzugsrat gekommen. Infolge der sich mehrenden Angriffe der Spartakus-Leute auf die Berliner Kasernen haben die Soldatenräte besondere Sicherungsmaßnahmen angegeben. In der Mehrzahl der Kasernen haben die Soldaten beschlossen, Liebknecht bei Wiederbetreten der Kasernen festzunehmen und zu erschießen. Gleiche Kundgebungen haben die Soldaten in Potsdam gefaßt.

*

Die „Rote Fahne" vorübergehend besetzt

* Berlin, 7. Dezember

Die Redaktion der „Roten Fahne" schreibt: „Gestern abend wurde von einem Teil der Truppen, nämlich vom Gardegrenadierregiment Kaiser Franz die Redaktion der „Roten Fahne" besetzt. Redaktionsräume, Treppen, Hof und Eingänge wurden

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181208O1/1